...AUF DEN PULS GEFÜHLT

DIE HALTUNG DER DEUTSCHEN ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK

September 2018

Entwicklungspolitik erfährt angesichts wachsender globaler Herausforderungen und der innenpolitischen Debatte um „Fluchtursachen“ derzeit eine größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Dieses gestiegene Interesse geht in Anbetracht eines fortschreitenden Klimawandels und weltweiter Migration aber auch mit einer neuen Erwartungshaltung an die Entwicklungszusammenarbeit einher, Herausforderungen effektiver zu bewältigen. Die Bundesregierung hat auf diese bewegten Zeiten u.a. mit einem Ausbau ihres entwicklungspolitischen und humanitären Engagements reagiert und misst auch der Afrikapolitik vermehrt eine größere Bedeutung bei. Wie aber sieht die Bevölkerung die Relevanz der Entwicklungspolitik und wie bewertet diese die aktuelle Prioritätensetzung?

Um die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu erfassen, hat die Welthungerhilfe eine repräsentative Meinungsumfrage bei Infratest-Dimap in Auftrag gegeben. Die nachfolgend dargelegten Ergebnisse sollen eine Orientierung geben, wie die Bevölkerung zur Entwicklungspolitik steht und welche Haltung sie damit verbindet.

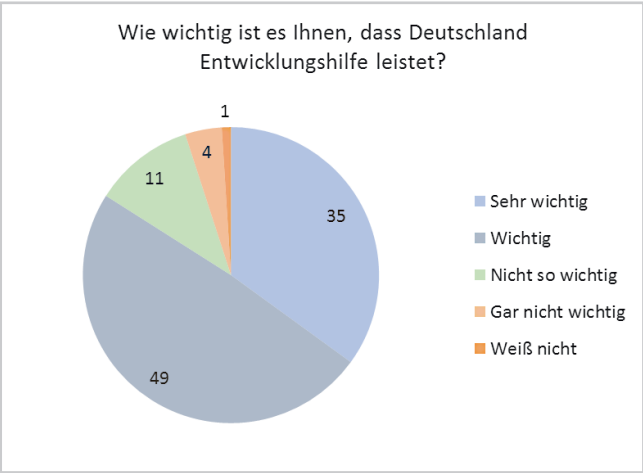
Aus Sicht der Welthungerhilfe ist die Stimme der Öffentlichkeit angesichts der bevorstehenden politischen Weichenstellungen umso relevanter: etwa mit Blick auf die Formulierung afrikapolitischer Leitlinien, die Entwicklung einer angemessenen Migrationspolitk, die anstehende Überprüfung der UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030 – und schließlich angesichts der laufenden Beratung des Bundeshaushalts 2019.

Die vom Umfrageinstitut Infratest-Dimap bundesweit durchgeführte Umfrage wurde zwischen dem 30.08.-04.09.2018 erhoben. Befragt wurden 1.051 Personen im Alter ab 18 Jahren per Telefon (Festnetz und mobil). Die Ergebnisse der Umfrage sind nach Alter, Geschlecht, Einkommen und Bildung sowie Parteipräferenz ausgewiesen.

1. Relevanz der Entwicklungshilfe

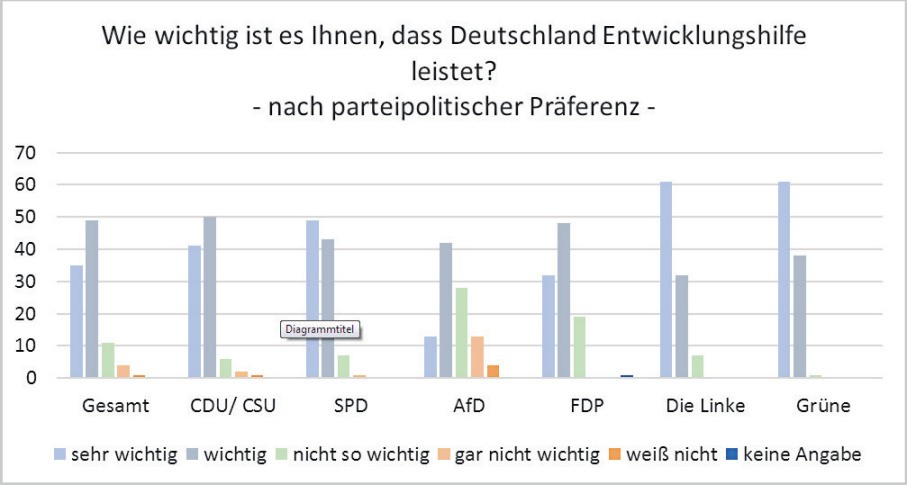
Einstellung der Bevölkerung zur Entwicklungshilfe

Insgesamt 84% der Deutschen halten es für sehr wichtig (35%) oder wichtig (49%), dass Deutschland Entwicklungshilfe leistet. Ein Blick auf die Haltung der Anhängerschaft der Parteien zeigt außerdem, dass über 90% der CDU/CSU- bzw. SPD-Wähler und Wählerinnen Entwicklungshilfe für sehr wichtig oder wichtig halten – der Anteil liegt also deutlich höher als der Bundesdurchschnitt. Dies gilt auch für die Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen (99%) und Die Linke (93%).



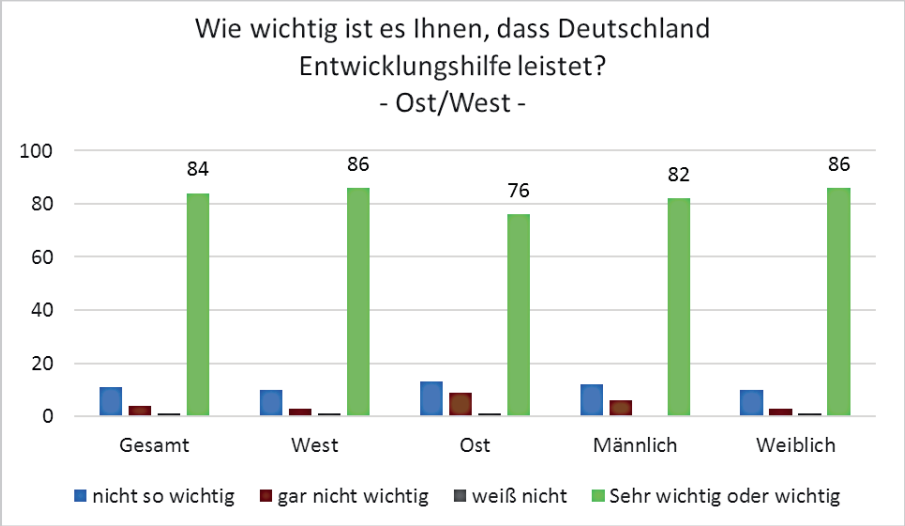
www.welthungerhilfe.de
Deutsche Welthungerhilfe e.V., Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333
Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333

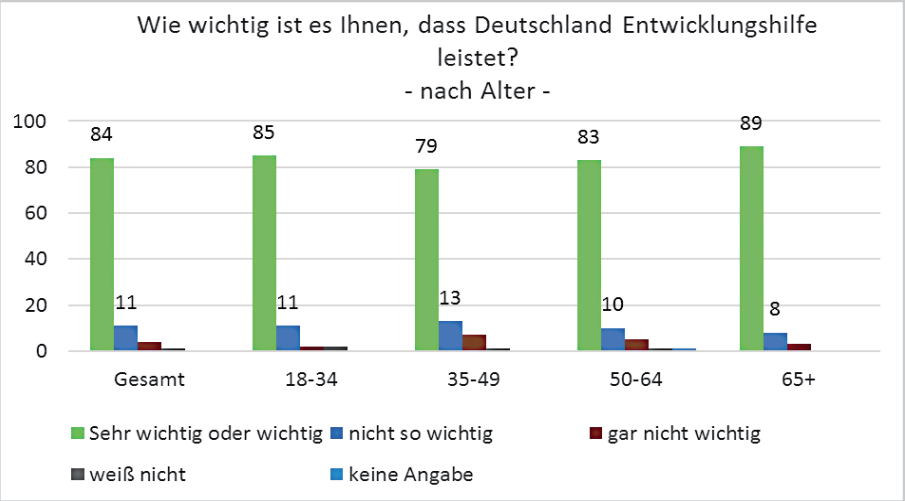
Es zeigt sich, dass die AfD-Anhänger mit gerade einmal 55% und auch die FDP-Anhänger (80%) insgesamt den bundesdeutschen Durchschnitt derjenigen senken, die Entwicklungshilfe für sehr wichtig/wichtig halten.



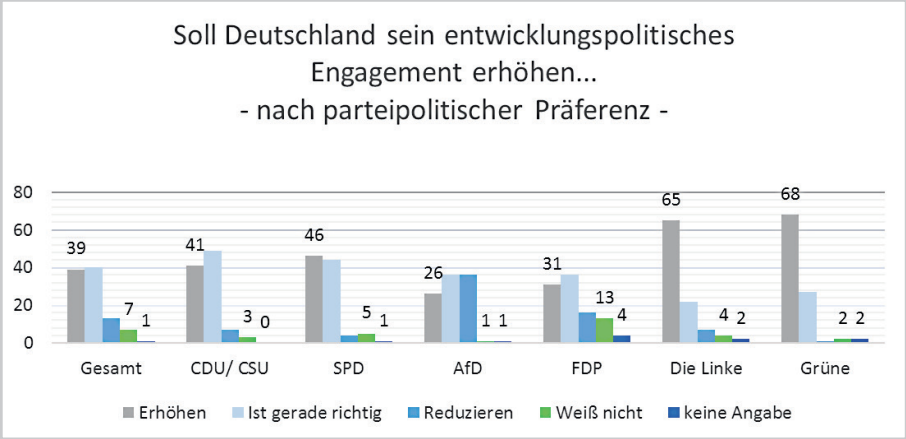
Ein Blick auf die Verteilung der Unterstützung nach Ost und West zeigt, dass die Haltung zur Entwicklungshilfe im Osten Deutschlands unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt: Für 76% der Ost-Deutschen ist Entwicklungshilfe wichtig bzw. sehr wichtig.

Mit 86% liegt der Anteil der Frauen, die Entwicklungszusammenarbeit für sehr wichtig oder wichtig halten, leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Dieser Anteil sinkt in der Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen auf 79%, bei den über 65-Jährigen mit 89% bzw. den 18- bis 34-Jährigen mit 85% liegt er hingegen über dem Landesdurchschnitt.





Einstellung der Deutschen zum Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit

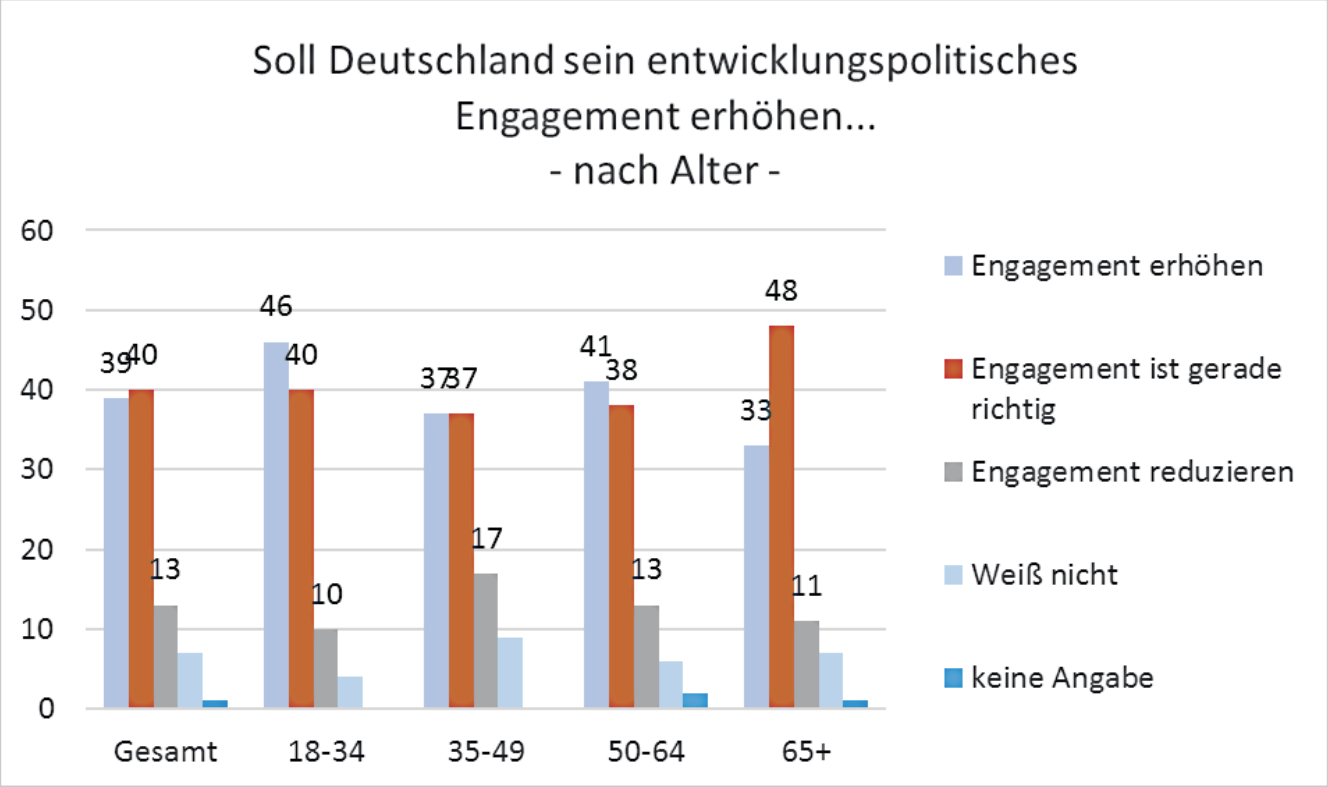


Insgesamt sind 39% der Bevölkerung für eine Erhöhung des entwicklungspolitischen Engagements, 40% wollen den Anteil beim gegenwärtigen Stand belassen und 13% treten für eine Kürzung ein. Wobei sieben Prozent dazu keine Meinung haben.

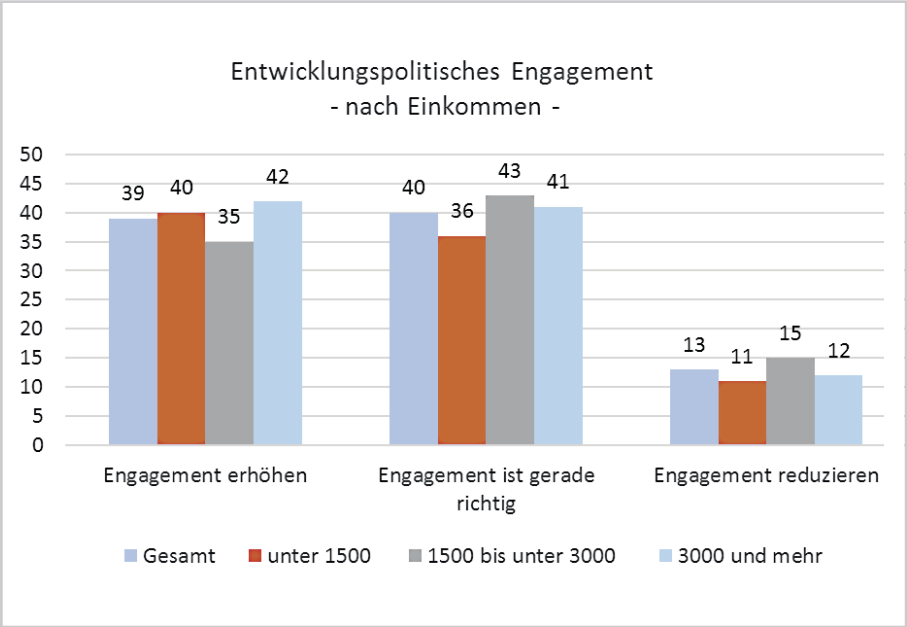
Ein Blick auf die parteipolitischen Präferenzen der Bundesbürger zeigt, dass die Anhänger der Großen Koalition über dem nationalen Durchschnitt für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe eintreten. Am höchsten fällt die Zustimmung bei den Anhängern von „Die Linke“ mit 65% und „Grüne“ mit 68% aus. Von den FDP Anhängern befürworten 16% eine Kürzung – bei allen anderen Parteien (bis auf die AfD) liegt dieser Anteil deutlich unter 10%.

Zudem scheinen mit 13% signifikant viele FDP-Anhänger keine Meinung zu haben – dies entspricht jedem sechsten FDP Anhänger (zum Vergleich: CDU/CSU 3%; SPD 6%; AfD 2%, Die Linke 6% und Bündnis 90/Die Grünen 4%).

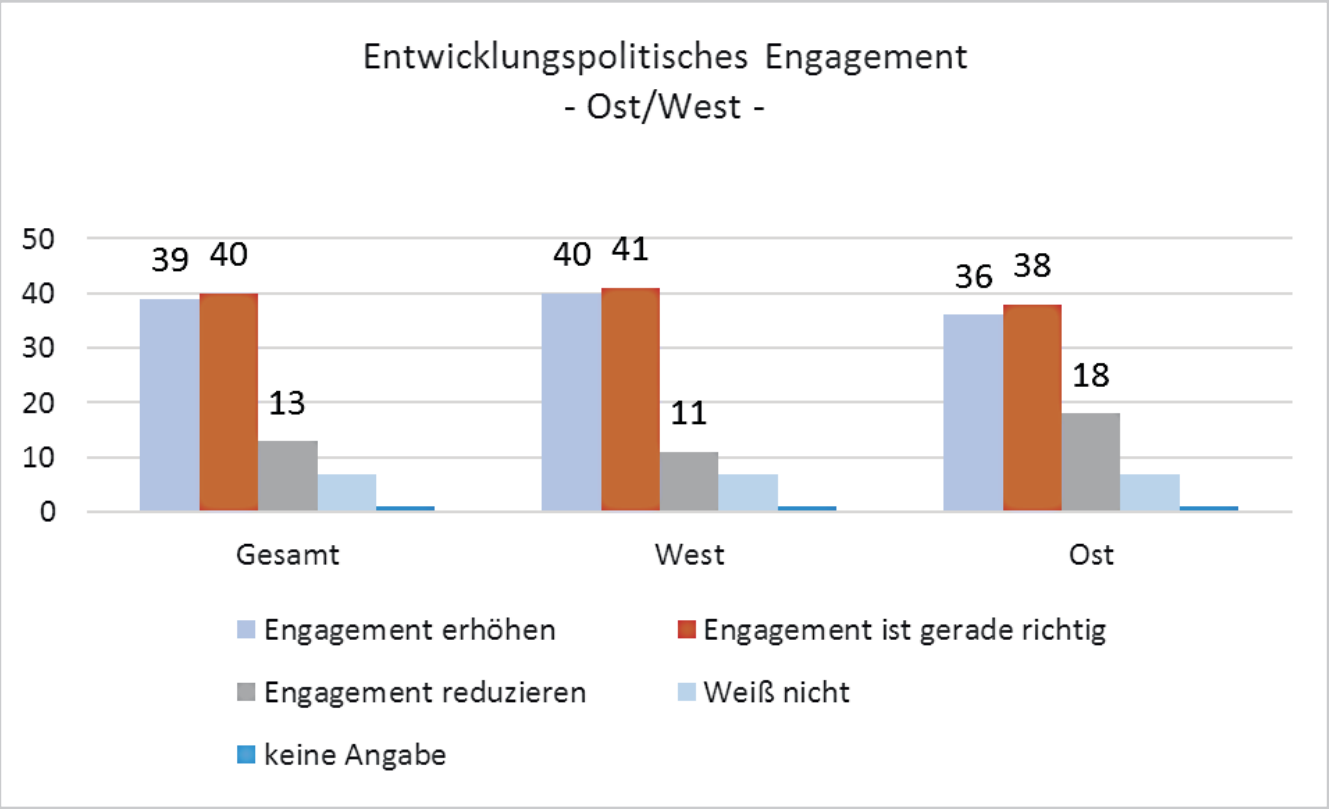
Die größte Unterstützung für einen Ausbau des entwicklungspolitischen Engagements findet sich unter den 18- bis 34-Jährigen mit 46%. Dem hingegen sind nur 33% der über 65-Jährigen dieser Meinung. Für eine Reduzierung des Engagements treten 17% der 35- bis 49-Jährigen ein.



Nach Einkommensgruppen analysiert, ist festzustellen, dass die Bürger/innen mit mittleren Einkommen (1.500-3.000 monatliches Netto-Haushaltseinkommen) vom nationalen Durchschnitt mit 4% abweichen und zu einem höheren Anteil von insgesamt 15% für eine Reduktion der Entwicklungshilfe stimmten. Etwas mehr als 40% der Haushalte mit einem niedrigen monatlichen Netto-Einkommen bis 1.500 Euro unterstützen eine Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und liegen damit ähnlich wie die 42% derjenigen mit hohen Einkommen über 3.000 Euro leicht über dem nationalen Durchschnitt.

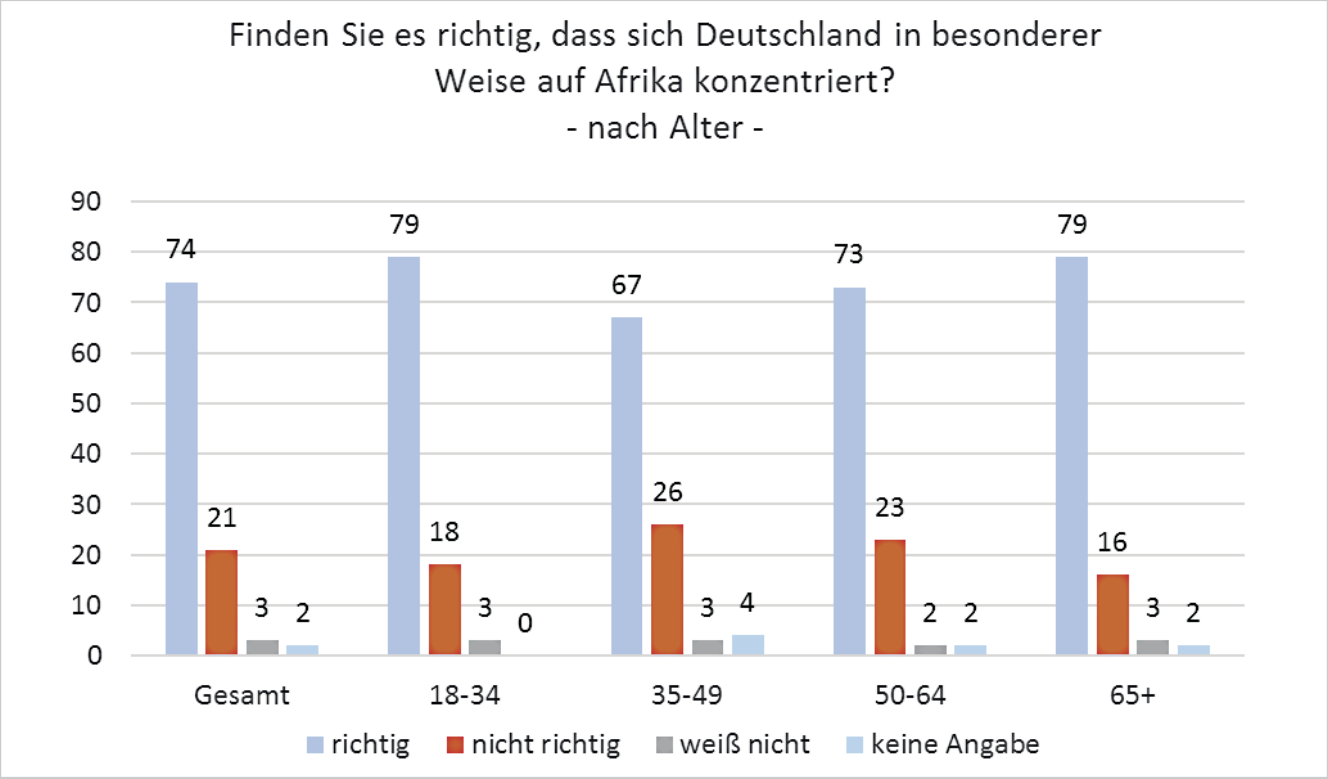


Eine Differenz lässt sich auch zwischen Ost- und West-Deutschland erkennen: In Ost-Deutschland treten 36% der Bürger/innen (40% im Westen) für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe ein. Gleichzeitig präferieren 18% in den neuen Bundesländern gegenüber 11% in den alten eine Verringerung des entwicklungspolitischen Engagements.

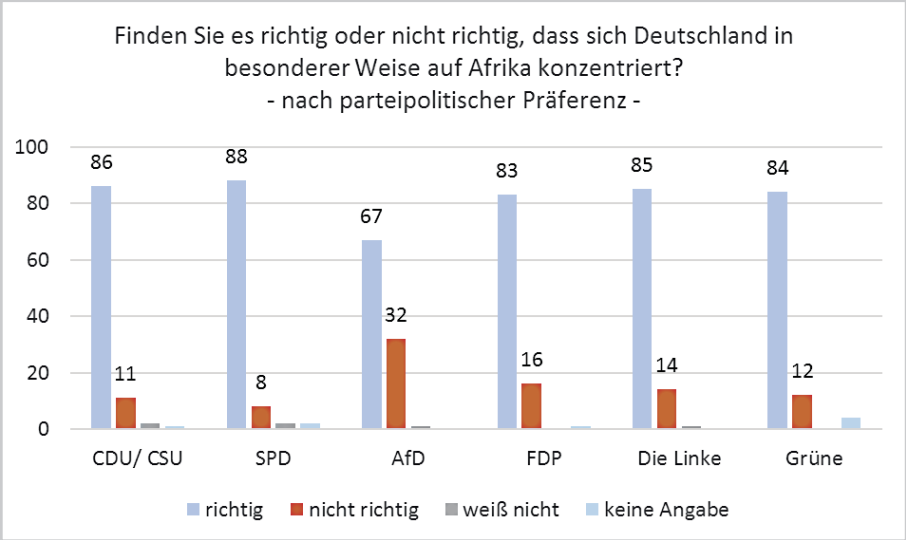


2. Haltung zu einem besonderen Engagement in Afrika

Einer besonderen Konzentration Deutschlands in Afrika stimmten knapp Dreiviertel der Befragten zu. Etwas weniger Unterstützung findet ein besonderes Engagement in Afrika in der Altersgruppe der 35-49-Jährigen mit 67%. Zugleich liegt die Zahl der Ablehnung mit 26% unter den 35- bis 49-Jährigen über dem Bundesdurchschnitt von 21%. Die Jüngeren im Alter zwischen 18 und 34 Jahren und die über 65-Jährigen hingegen befürworten mit 79%, dass sich Deutschland auf Afrika konzentriert.

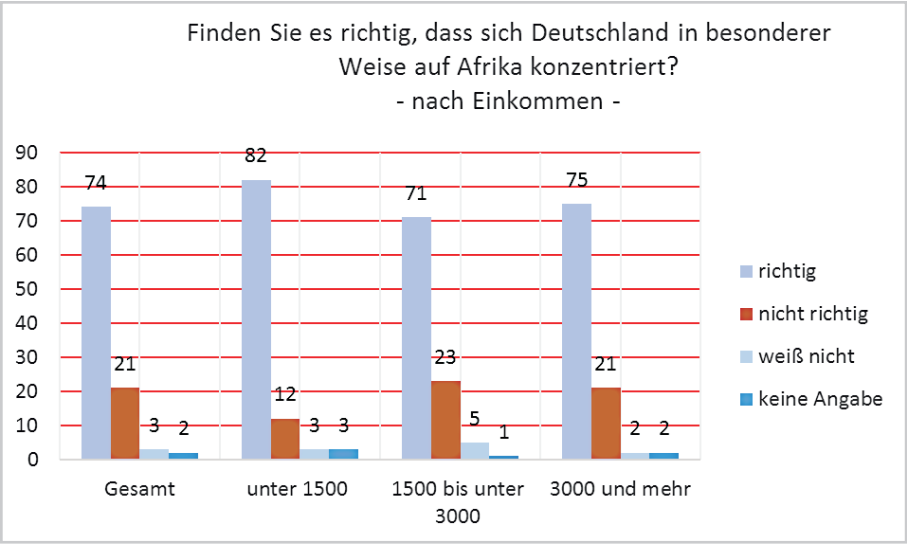


Nach parteipolitischen Lagern betrachtet gibt es eine durchweg hohe Zustimmung für einen besonderen Fokus in Afrika mit 86%. Signifikant unterscheiden sich hier die Werte aus dem Lager von AfD-Anhängern. Hier votieren 67% für einen besonderen Fokus und 32% dagegen.



Deutlich wird, dass erneut die Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen mit 67% und die mittleren Einkommensgruppen mit 71% – wenn auch nicht signifikant – so doch unter dem nationalen Durchschnitt die Afrikapolitik befürworten.

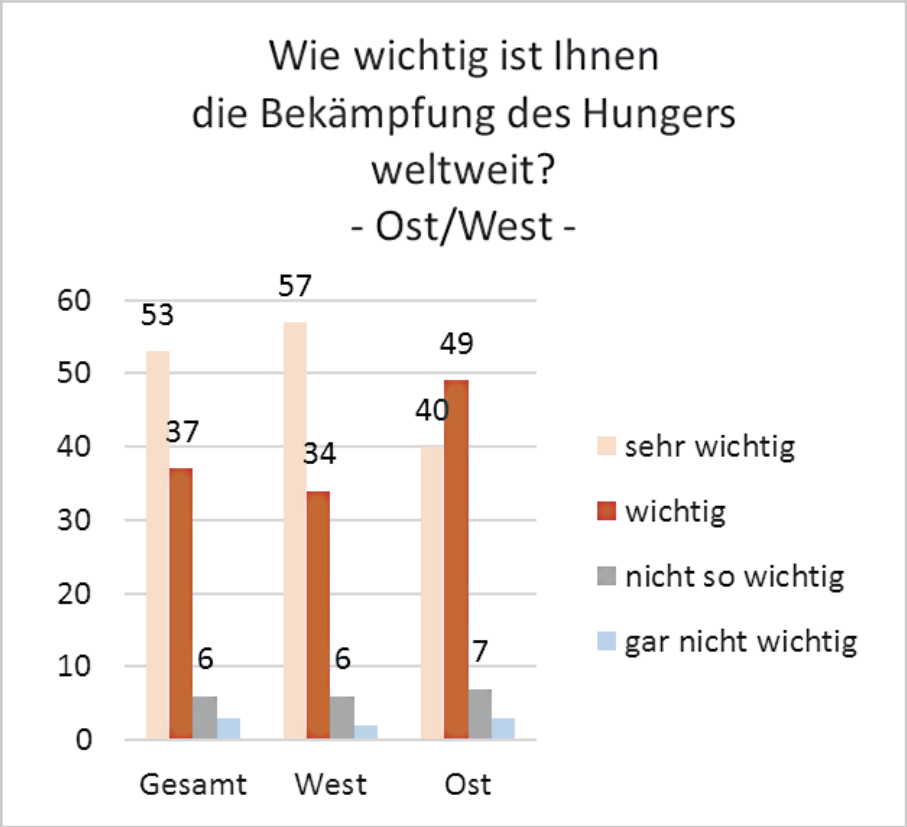
Auffällig ist, dass gerade die niedrige Einkommensgruppe mit 82% einen besonderen Fokus auf Afrika unterstützt – deutlich höher als im nationalen Durchschnitt. Ein Blick auf den Bildungshintergrund wiederum zeigt, dass 82% der Befragten mit Abitur/Fachabitur gegenüber je 72% mit Mittlerer Reife bzw. Hauptschulabschluss diese Haltung unterstützen.



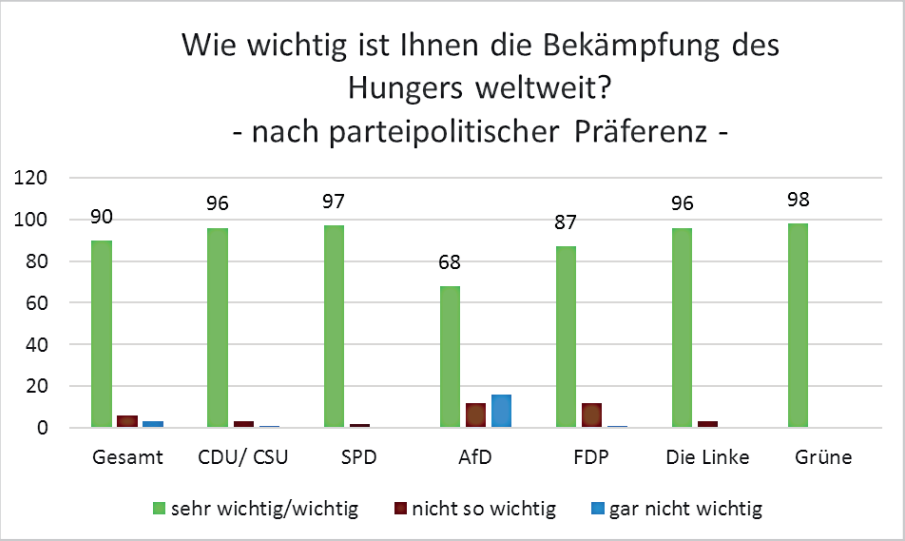
Zwischen den Geschlechtern gibt es keinen nennenswerten Unterschied: 75% der Männer und 74% der Frauen unterstützen die Politik.

3. Die Bekämpfung von Hunger

Eindeutige Präferenzen – das zeigen die folgenden Daten – hat die Bevölkerung bezüglich der Lösung globaler Fragen: Im bundesweiten Durchschnitt halten 90% der Bevölkerung die Bekämpfung von Hunger weltweit für sehr wichtig (53%) bzw. wichtig (37%). Dies gilt für West- wie Ost-Deutschland.



Die Anhänger/innen der Großen Koalition und auch von Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke halten zu 96 bis 98% die Bekämpfung von Hunger als sehr wichtig/wichtig.



Diese Haltung geht quer durch die Gesellschaft: Es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen Geschlecht und unterschiedlichen Alters- oder Einkommensgruppen.

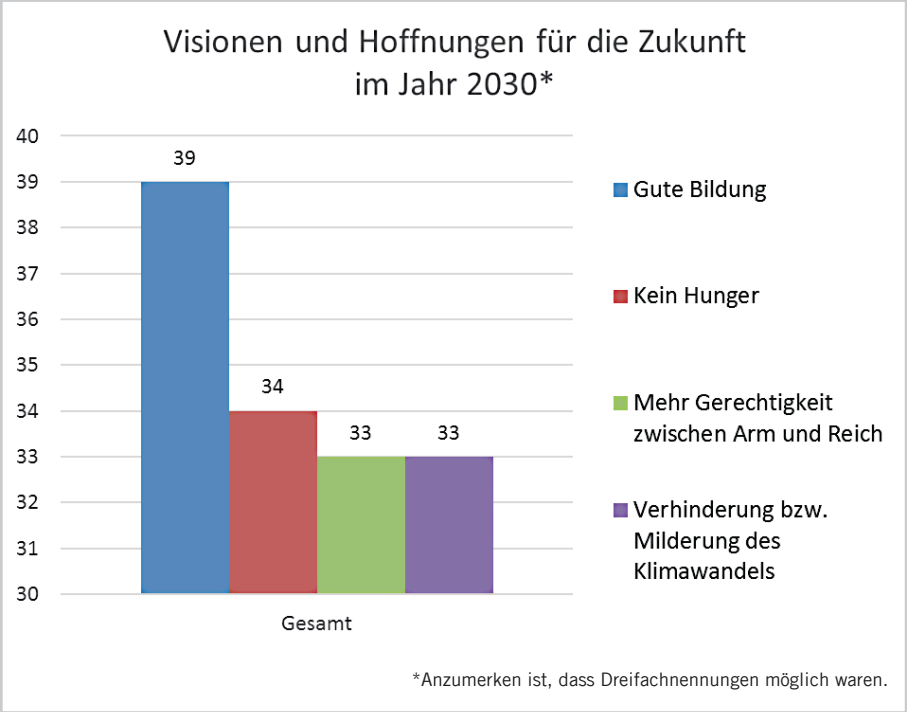
In Prozent		Deutschland		Geschlecht	
	Gesamt	West	Ost	Männlich	Weiblich
Sehr wichtig - wichtig	90	91	89	88	93
Nicht so wichtig	6	6	7	8	4
Gar nicht wichtig	3	2	3	3	2
Weiß nicht	-	1	-	1	-
keine Angabe	1	-	1	-	1
Summe	100	100	100	100	100

In Prozent		Alter in Jahren			
	Gesamt	18-34	35-49	50-64	65+
Sehr wichtig - wichtig	90	90	89	90	94
Nicht so wichtig	6	8	6	6	3
Gar nicht wichtig	3	2	4	3	2
Weiß nicht	-	-	1	-	-
keine Angabe	1	-	-	1	1
Summe	100	100	100	100	100

Leichte Unterschiede zeigen sich bei dem Bildungshintergrund: 87% der Gruppe der Haupt- und Volksschulabsolventen im Vergleich zu 94% der Gruppe derjenigen mit Allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife unterstützen die Bekämpfung des Hungers.

In Prozent		Schulabschluss		
	Gesamt	Haupt-/Volks-schule	Mittlere Reife/ POS	Abitur/ Fachhoch-schulreife
Sehr wichtig - wichtig	90	87	91	94
Nicht so wichtig	6	8	5	5
Gar nicht wichtig	3	4	3	1
Weiß nicht	-	-	1	-
keine Angabe	1	1	-	-
Summe	100	100	100	100

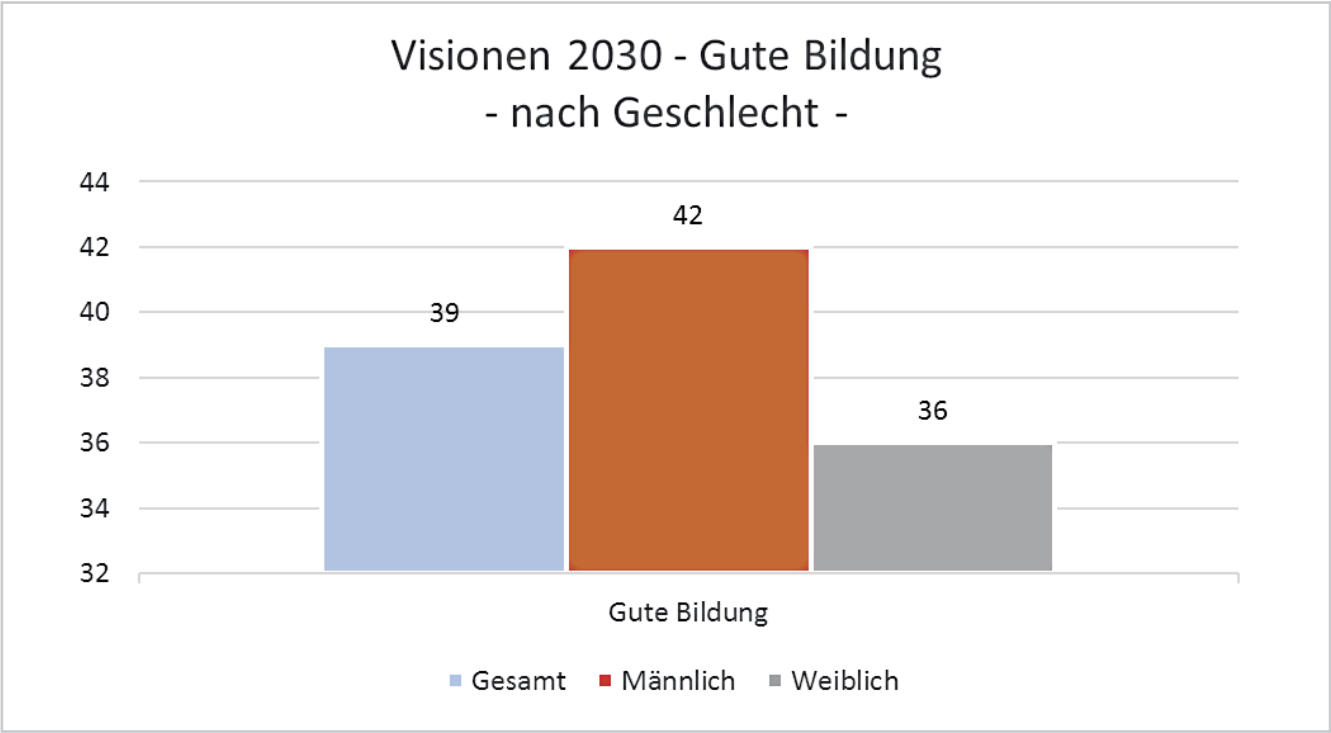
4. Visionen und Hoffnungen für die Zukunft im Jahr 2030



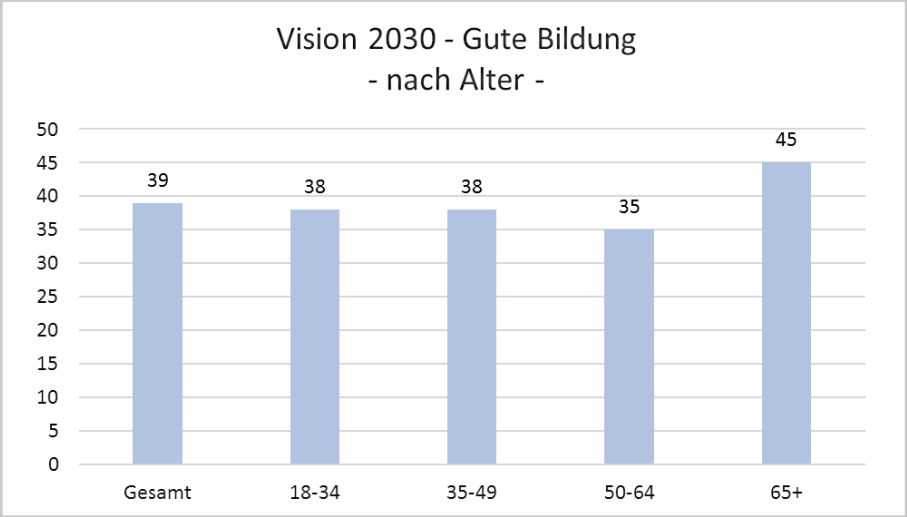
Gefragt, was sich die Deutschen für 2030 am meisten wünschen, steht an oberster Stelle „Gute Bildung“ mit 39%. An zweiter Stelle antworteten 34% eine Welt ohne Hunger, gefolgt von „mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich“ und „Verhinderung bzw. Milderung des Klimawandels“ mit je 33%.

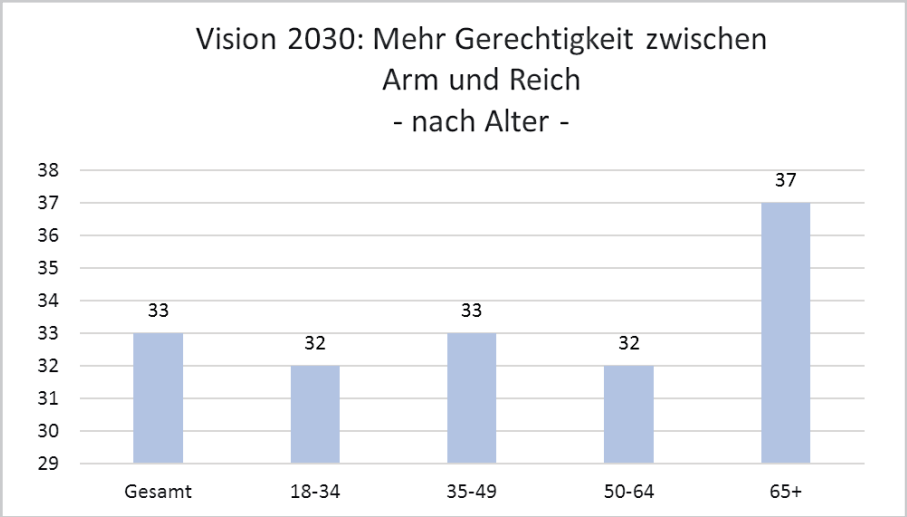
Deutlich zeigt sich, dass insbesondere die ältere Bevölkerungsgruppe der über 65-Jährigen „guter Bildung“ mit 45% eine vergleichsweise höhere Priorität einräumt.

Es zeigt sich ein deutlicher Gender-Gap bei der Beurteilung „guter Bildung“: 36% der Frauen im Vergleich zu 42% der Männer nannten Gute Bildung als Priorität. Während insbesondere die Gruppe über 65-Jährigen „guter Bildung“ eine hohe Priorität einräumen.

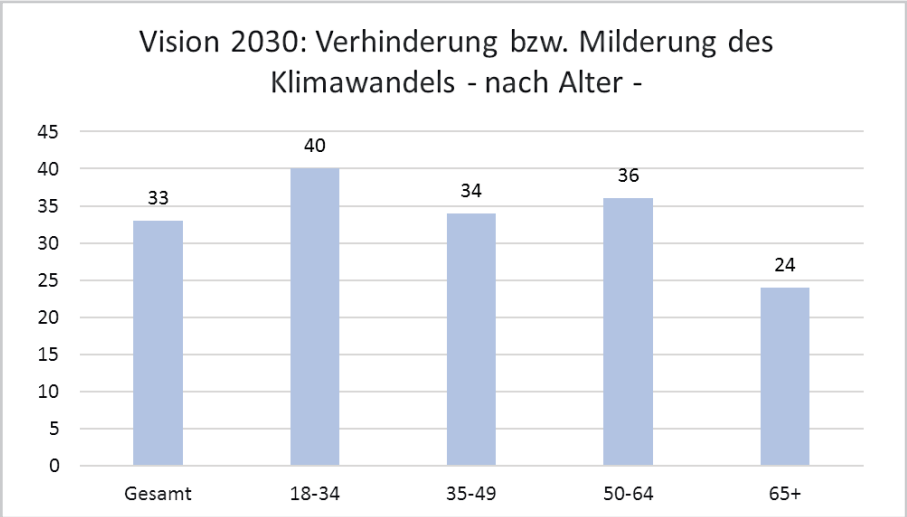


Insgesamt rangierte „Mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich“ an dritter Stelle der Visionen für 2030. Deutlich ist, dass diese Vision insbesondere von den über 65-Jährigen zu 45% genannt wurde. Die Gruppe der höheren Einkommen (über 3000 Euro Nettoeinkommen) unterstützt diese Vision mit 31% geringer als der landesweite Durchschnitt, hier liegen die mittleren Einkommen (1.500-3.000 Euro) mit 36% und die untere Einkommensgruppe (34%) über dem Durchschnitt. Frauen unterstützten diese Vision mit 32% im Vergleich zu Männern mit 35%.





Die mit 33% unterstützte Vision 2030 einer Verhinderung bzw. Abmilderung des Klimawandels wird insbesondere von der jüngeren Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen (40%) und von den 50-64-Jährigen (36%) geteilt.



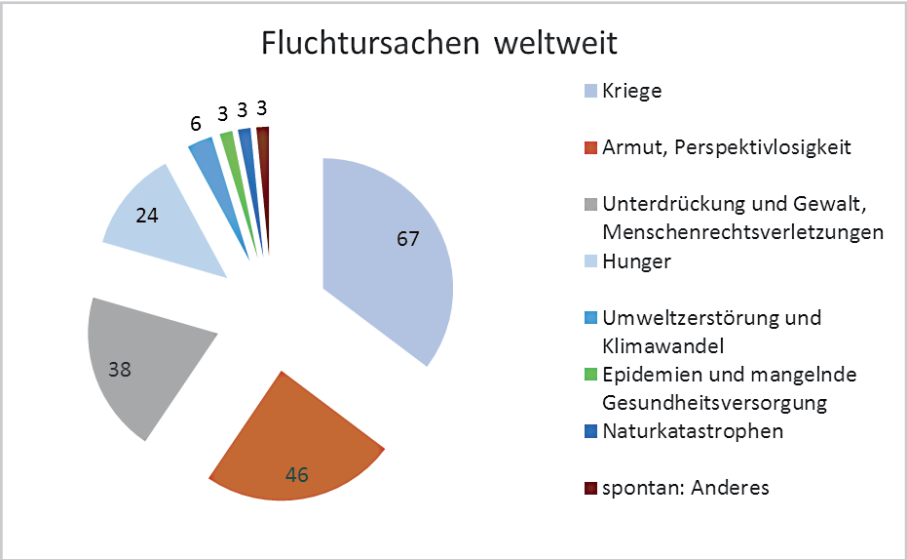
Denken Sie nun einmal daran, wie sich die Welt in den Jahren bis 2030 sowohl bei uns als auch in armen Ländern entwickeln wird: Von welchen drei der folgenden möglichen Entwicklungen wünschen Sie sich persönlich am meisten, dass sie weltweit bis 2030 eintreten? (bis zu 3 Nennungen)

In Prozent		Tätigkeit			Beruf			Parteipräferenz Bundestagswahl					
	Gesamt	Erwerbstätige	Rentner	Sonstige	Angest./Beamte	Arbeiter	Freie Berufe/Selbst.	CDU/ CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Grüne
Gute Bildung	39	37	44	37	38	28	45	44	33	47	59	35	40
Kein Hunger	34	35	33	36	34	39	32	38	39	20	25	26	41
Mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich	33	31	38	36	30	34	35	30	37	48	16	40	30
Verhinderung bzw. Milderung des Klimawandels	33	36	25	39	36	38	37	30	34	37	32	35	50
Mehr Gleichberechtigung, weniger Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft und Religion	30	33	25	33	36	16	32	34	35	25	26	31	19
Mehr Achtung der Menschenrechte	30	31	25	34	33	21	31	26	40	20	28	34	35
Besserer Schutz der natürlichen Ressourcen	27	28	25	30	26	39	21	26	22	28	37	25	25
Keine Armut	23	21	27	24	22	25	18	24	25	16	26	36	19
Gesündere Lebensbedingungen, bessere Gesundheitsversorgung	22	21	24	21	19	27	28	25	18	29	22	17	14
keine Angabe	1	1	1	-	2	1	-	0	-	1	-	-	1
weiß nicht	0	0	0	-	0	-	-	1	0	0	-	1	-

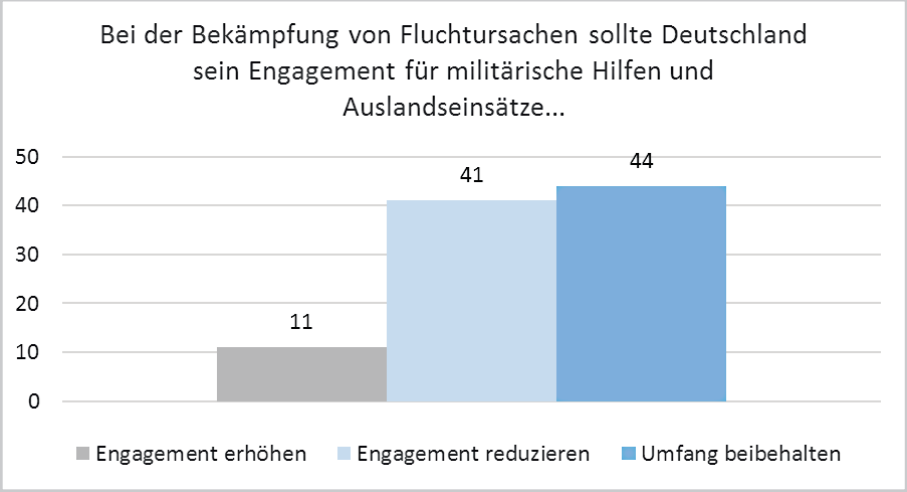
Deutsche Welthungerhilfe e.V., Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333
Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333

5. Flucht – Ursachen – Prävention

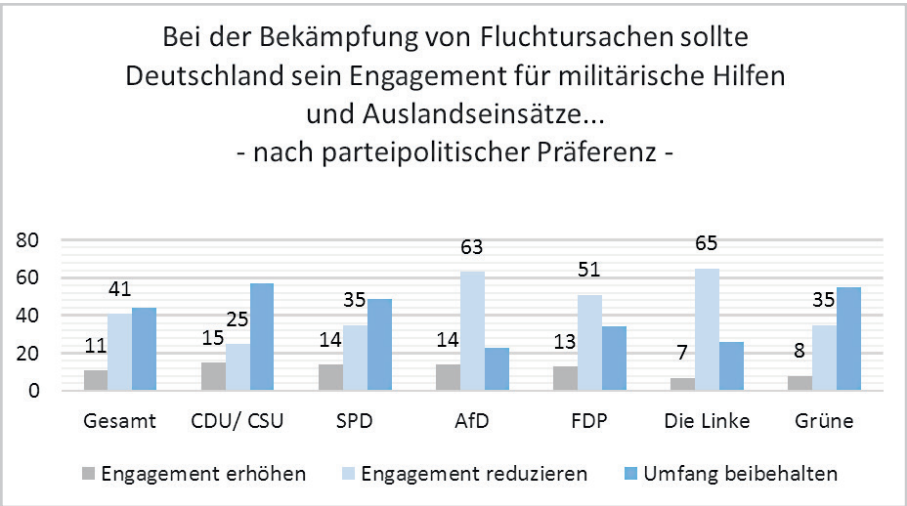
Zwei Drittel der Deutschen (67%) halten Kriege für eine der Hauptursachen von Flucht, gefolgt von Armut (46%), Unterdrückung (38%) und Hunger (24%).



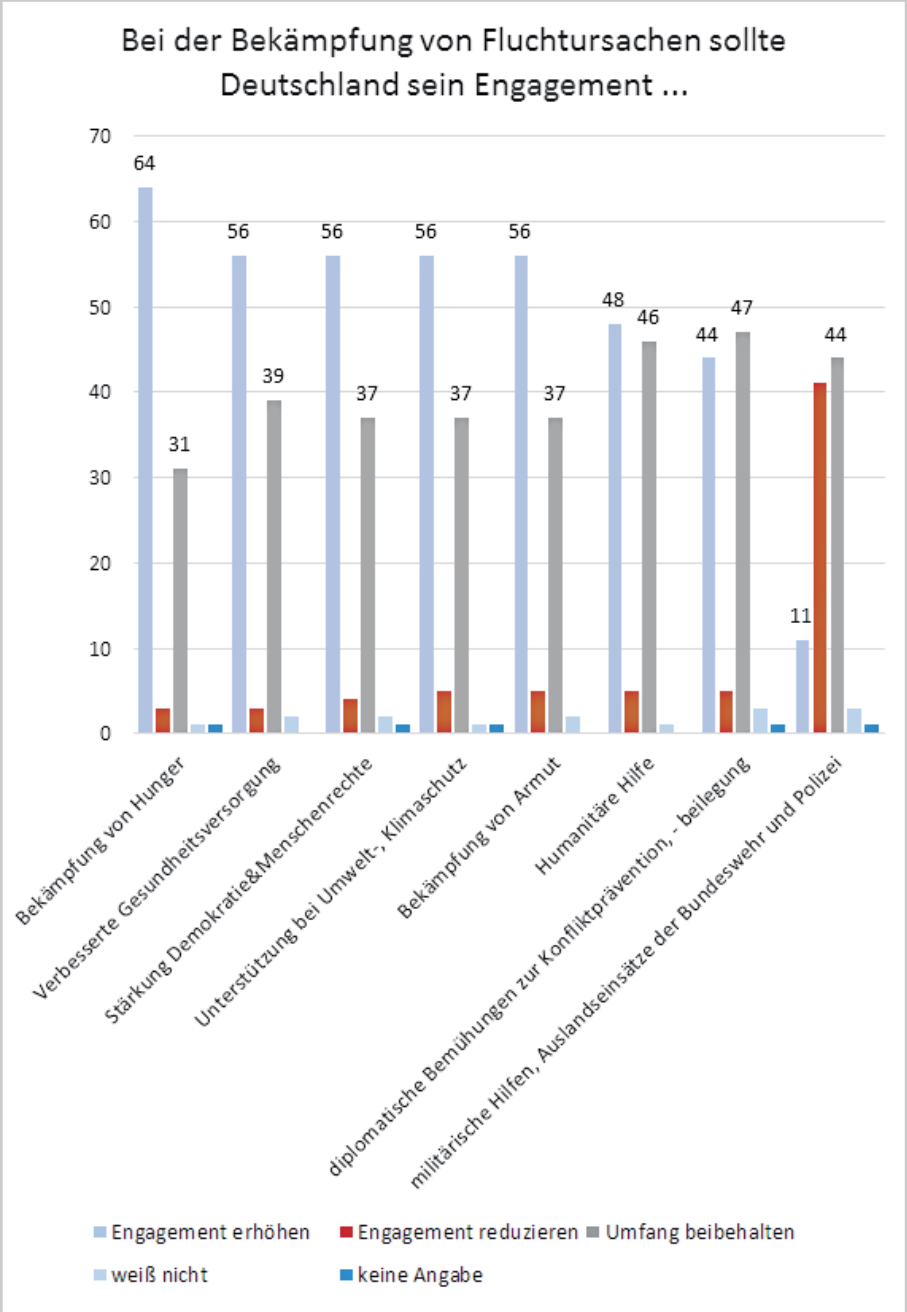
Dennoch sind 41% der Bevölkerung der Ansicht, die Bundesregierung sollte bei der Bekämpfung von Fluchtursachen ihr Engagement im Bereich Militär und Auslandseinsätzen reduzieren, während gerade einmal 11% für eine Erhöhung eintreten. 44% sind der Ansicht, das bisherige Engagement sollte beibehalten werden.



Nach parteipolitischen Präferenzen sieht das Bild folgendermaßen aus: 65% Die Linke-Anhänger, 63% AfD-Anhänger, 51% der FDP-Anhänger, 35% der Bündnis 90/Die Grünen-Anhänger und der SPD-Anhänger sowie 25% der CDU/CSU-Anhänger treten für eine Reduzierung des Engagements für militärische Hilfen ein.

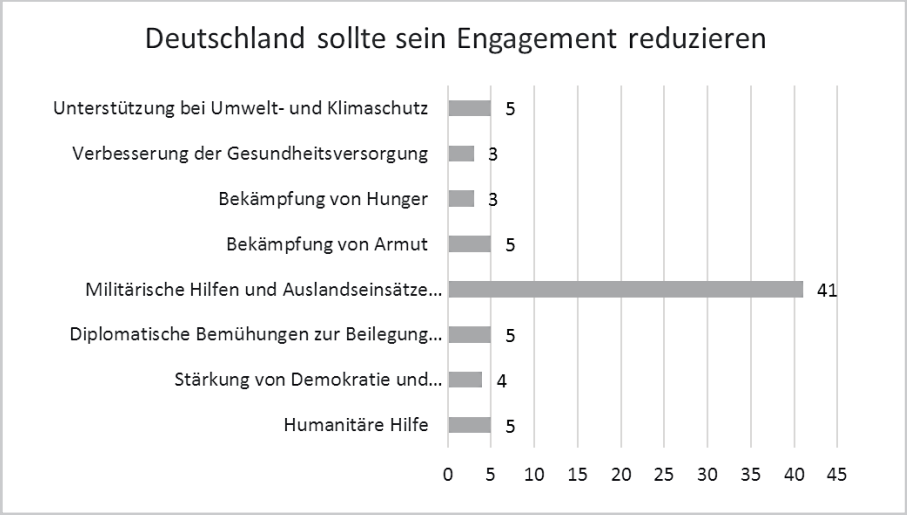


Obwohl Kriege als Hauptursachen für Flucht genannt wurden, sind knapp zwei Drittel (64%) der Deutschen der Ansicht, dass das Engagement zur Bekämpfung von Hunger bei der Vorbeugung von weltweiter Flucht erhöht werden sollte, gefolgt von „Bekämpfung von Armut“, „Unterstützung bei Umwelt- und Klimaschutz“, „Stärkung der Menschenrechte“ und „Verbesserte Gesundheitsversorgung“ mit je 56%.

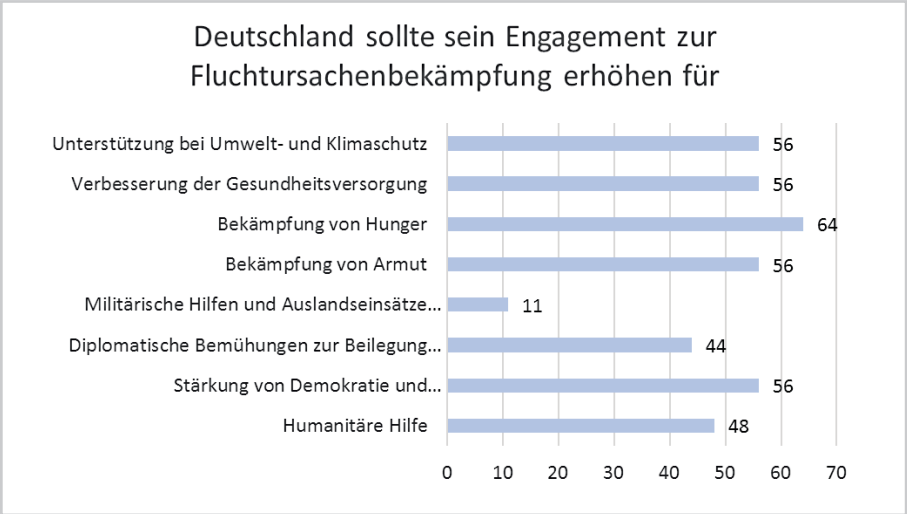


Deutlich zeichnet sich ab, dass die Mehrheit insgesamt in allen Bereichen bis auf die Ausgaben für Militär und Diplomatie für eine Erhöhung der Mittel eintritt.

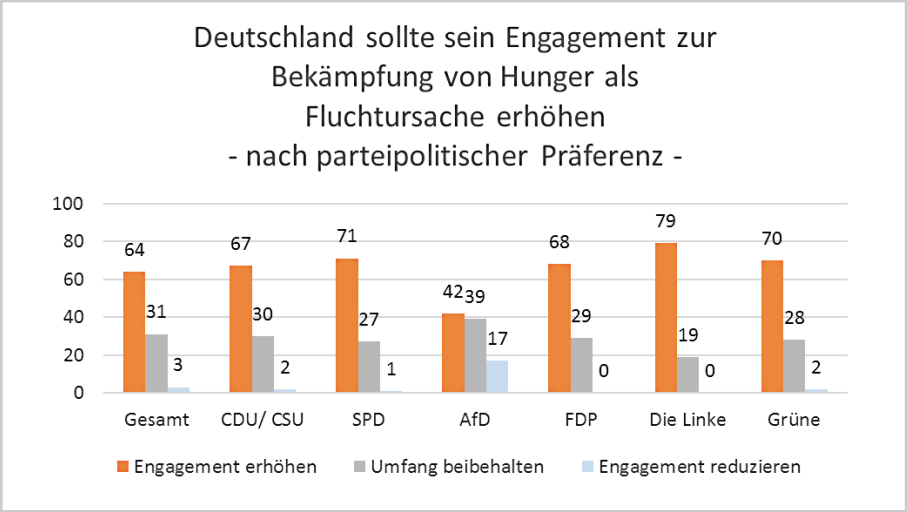
Blicken wir darauf, in welchem Bereich nach Ansicht der Befragten, Deutschland seine Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung verringern sollte, so stehen deutlich an oberster Stelle die Ausgaben für „militärische Hilfe, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Polizei“ mit 41%. In allen anderen Bereichen sehen nur wenige Bundesbürger eine Kürzung der Mittel indiziert.



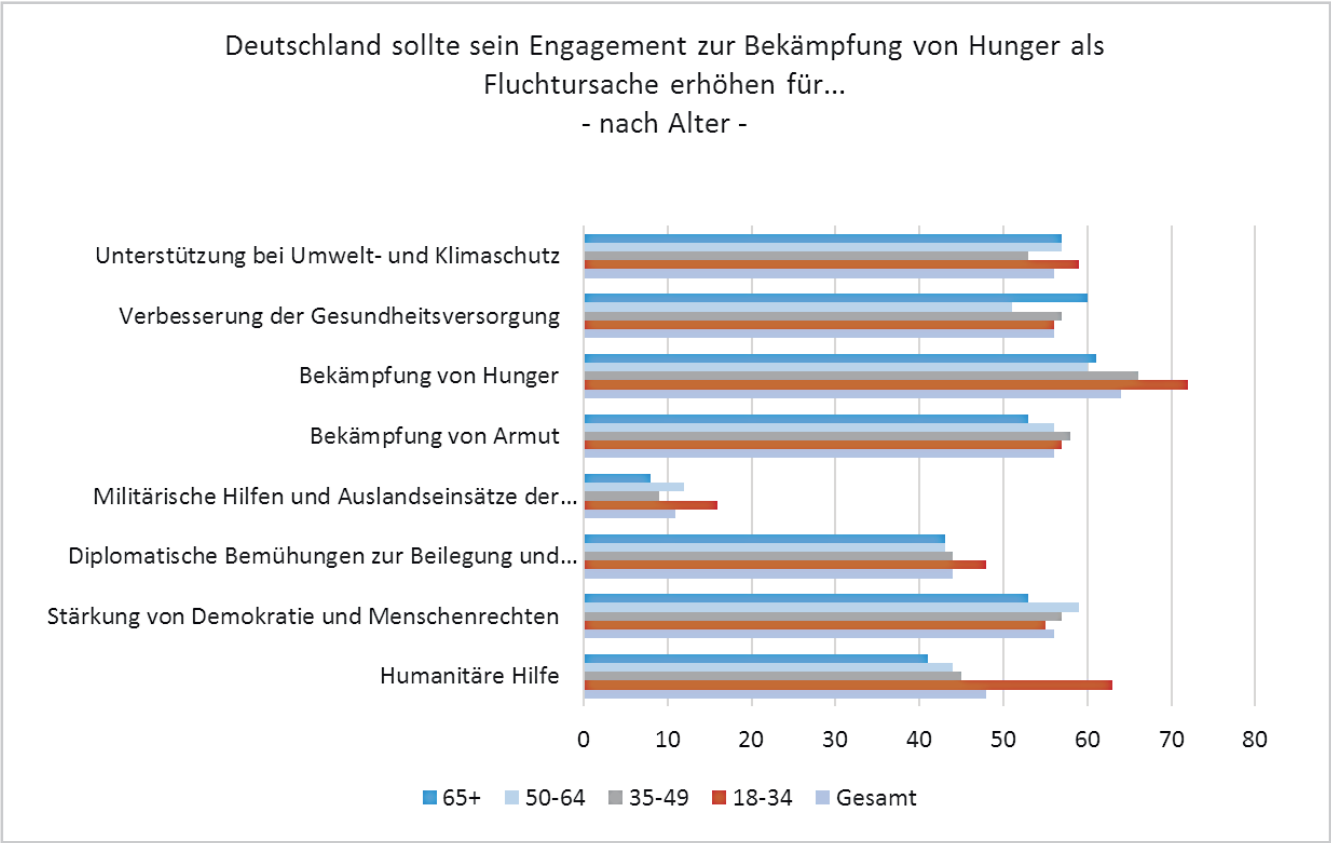
Blicken wir darauf, in welchen Bereichen nach Ansicht der Deutschen die Mittel erhöht werden sollten, so rangieren „Humanitäre Hilfe“, „Diplomatie“ mit jeweils 44% und „Militärische Hilfen, Auslandseinsätze“ mit 11% an unterster Stelle. Alle übrigen Bereiche sollten nach Ansicht von 56% der Bevölkerung erhöht werden. Hervorsticht, dass zur Bekämpfung des Hungers als Teil der Fluchtursachenbekämpfung 64% der Deutschen mehr Mittel ausgeben wollen.
Zwischen Männern und Frauen gibt es keine signifikanten Unterschiede. Zwischen West- und Ost-Deutschland lassen sich lediglich minimale Unterschiede feststellen.



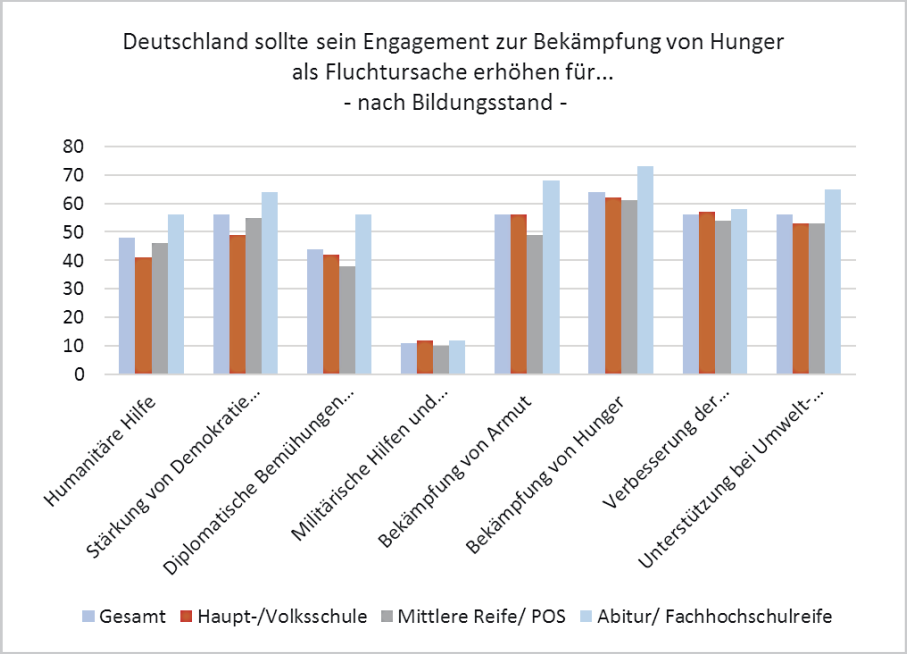
Von den 64%, die für eine Erhöhung der Mittel zur Hungerbekämpfung eintreten, gestaltet sich das parteipolitische Profil wie folgt: Die Anhänger/innen von allen politischen Parteien – bis auf die AfD Anhänger/innen – sind zu zwei Dritteln (67%) und höher dieser Ansicht.



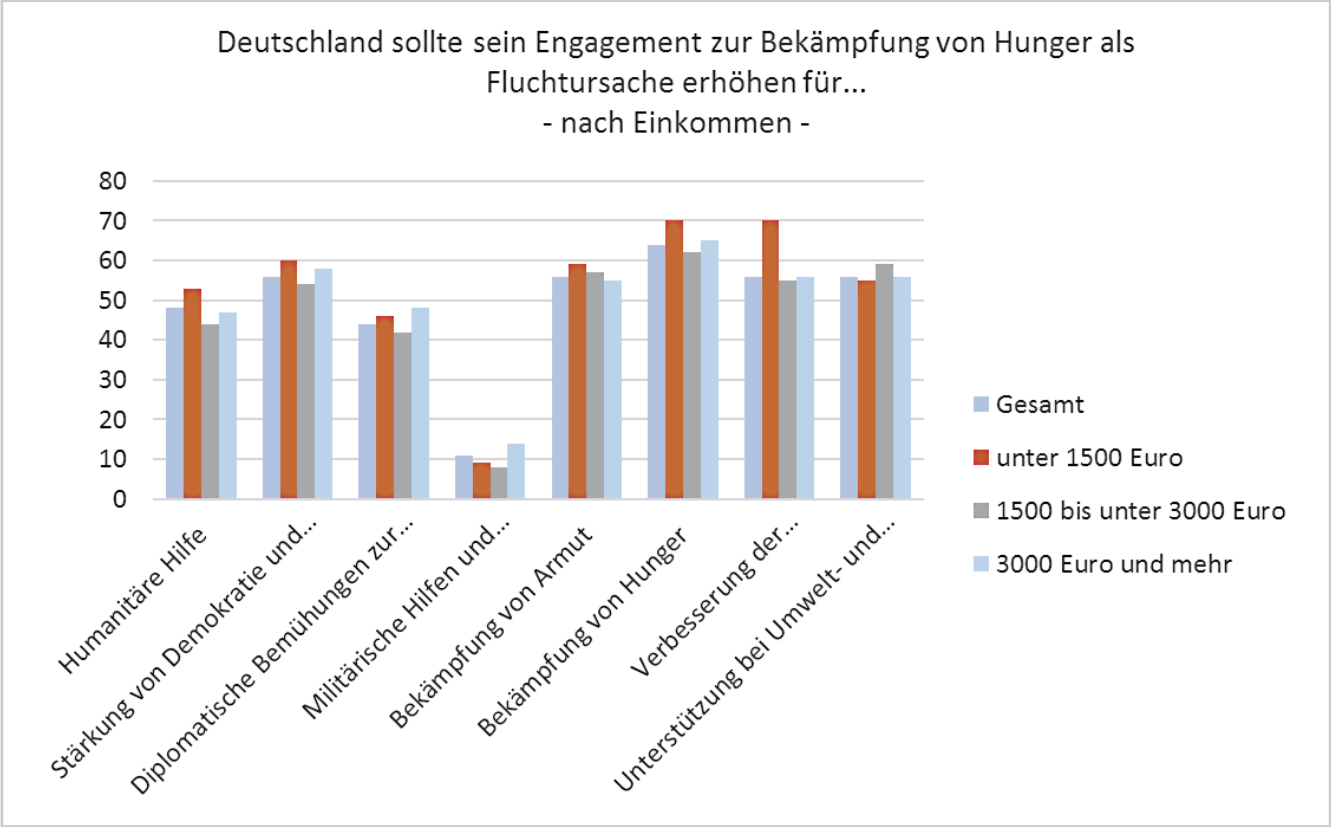
Es gibt hier kaum Unterschiede zwischen Ost- und West-Deutschland. Es zeigt sich, dass insbesondere die Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Hungerbekämpfung, militärische Hilfen/Auslandseinsätze sowie Humanitäre Hilfe vergleichsweise häufiger eine Erhöhung der Mittel anstreben.



Ein Blick auf den Bildungshintergrund der Befürworter einer Mittelerhöhung zeigt, dass durchgängig diejenigen mit Abitur oder Fachhochschulreife zu einem höheren Anteil eine Erhöhung anstreben.



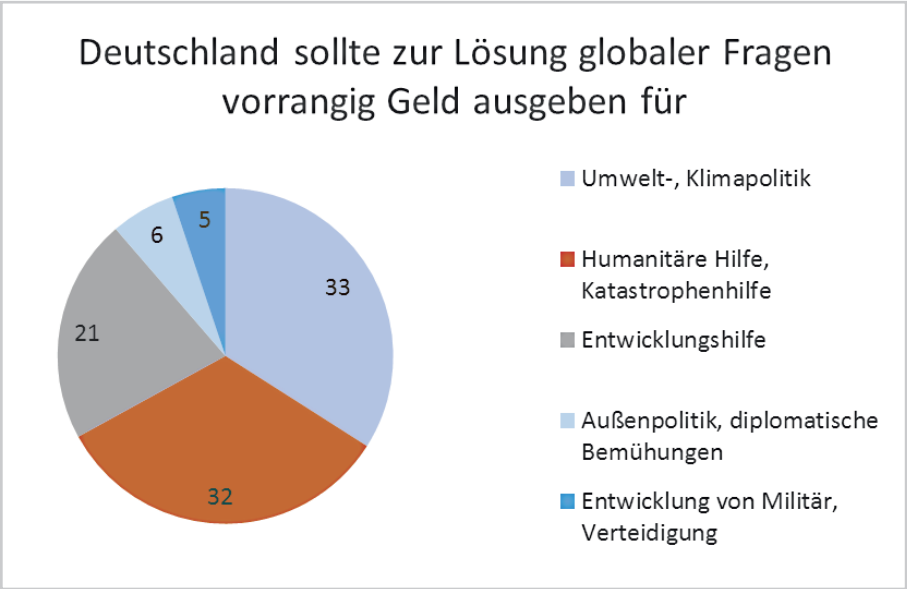
Unter den Einkommensgruppen erweist sich, dass ein besonders hoher Anteil der unteren Einkommensschicht in nahezu allen Bereichen eine Erhöhung der Mittel anstrebt. Ausgenommen davon sind die Bereiche Militär sowie Umwelt/Klima, diese werden jeweils von den höheren Einkommen angeführt.



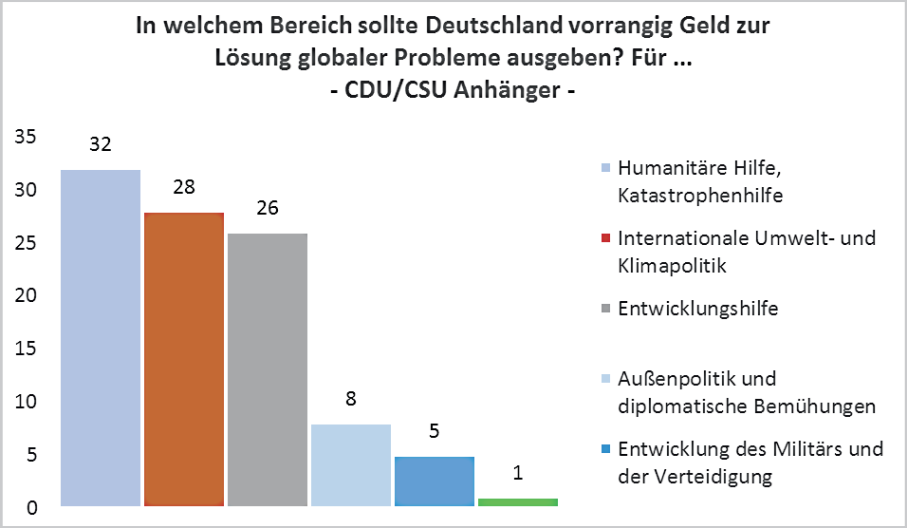
6. Prioritäten zur Bewältigung globaler Herausforderungen

86% der Bevölkerung wollen, dass vorrangig Geld für Umwelt- und Klimapolitik (33%), Humanitäre Hilfe/Katastrophenhilfe (32%) oder Entwicklungshilfe (21%) ausgegeben wird.

Ausgaben für Militär und Verteidigung werden von nur 5% als vorrangig gewertet. Das gilt übrigens auch für die Anhänger und Anhängerinnen der großen Koalition.



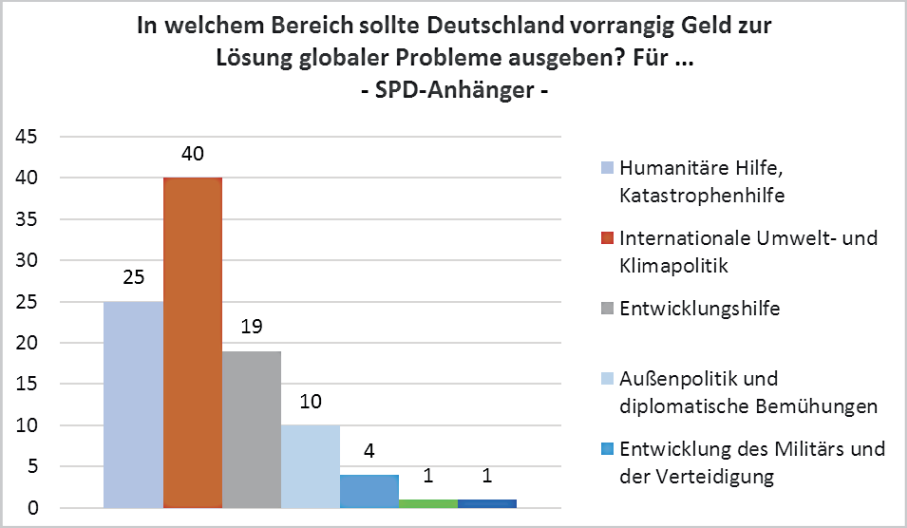
Gerade einmal fünf Prozent der CDU/CSU Anhänger wollen zur Lösung globaler Fragen vorrangig Geld für die Entwicklung des Militärs und der Verteidigung ausgeben; ähnlich verhält es sich mit den SPD Anhängern (4%) und den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen (2%).

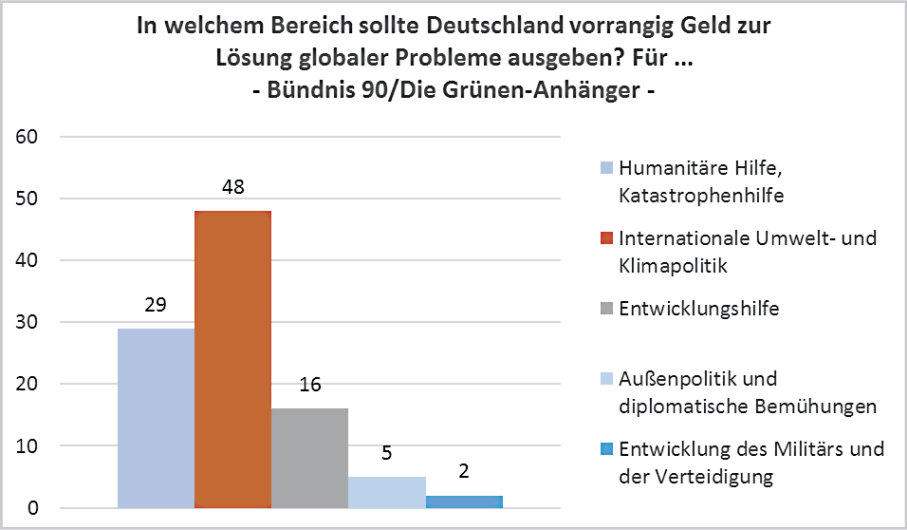


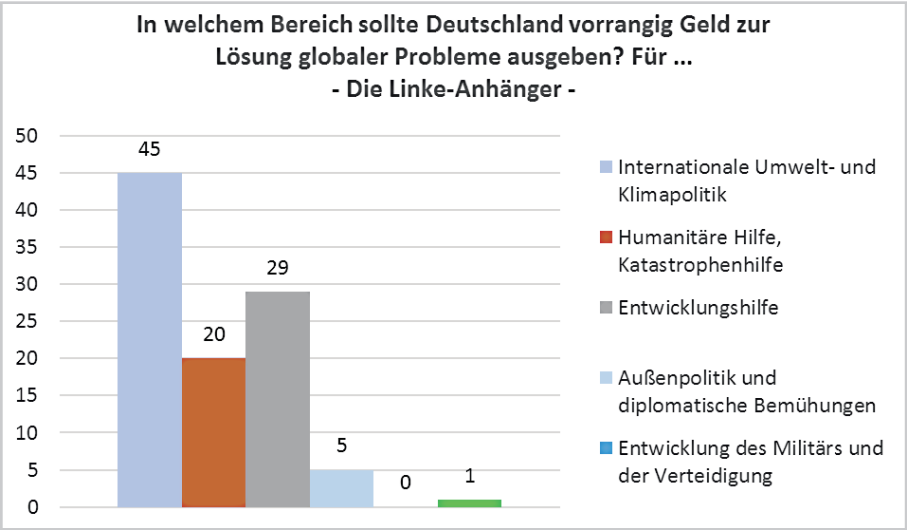
Deutlich ist, dass für Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen mit 48%, der Linken mit 45% und der SPD mit 40% die internationale Umwelt- und Klimapolitik an oberster Stelle steht. Für die CDU/CSU steht dieser Bereich mit 28% an zweiter Stelle.

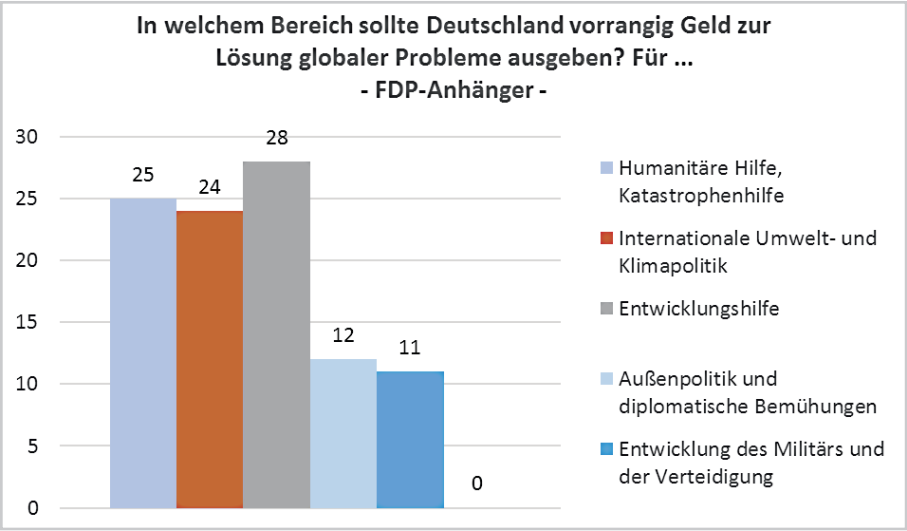
Während für die Anhänger der Linken zur Lösung globaler Fragen Mittel für die Entwicklung des Militärs und der Verteidigung überhaupt nicht genannt werden, räumen 11% der FDP und 17% der AFD Anhänger diesem Bereich Priorität ein. Für die Anhänger von CDU/CSU (5%), SPD (4%) und Bündnis 90/Die Grünen (2%) ist dieser Bereich von deutlich geringer Priorität.

Für die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen hat Entwicklungshilfe mit 16% eine im Vergleich zu den Anhängern der Linken (29%), der FDP (28%), der CDU/CSU (26%) und der SPD mit 19% eine geringere Bedeutung.

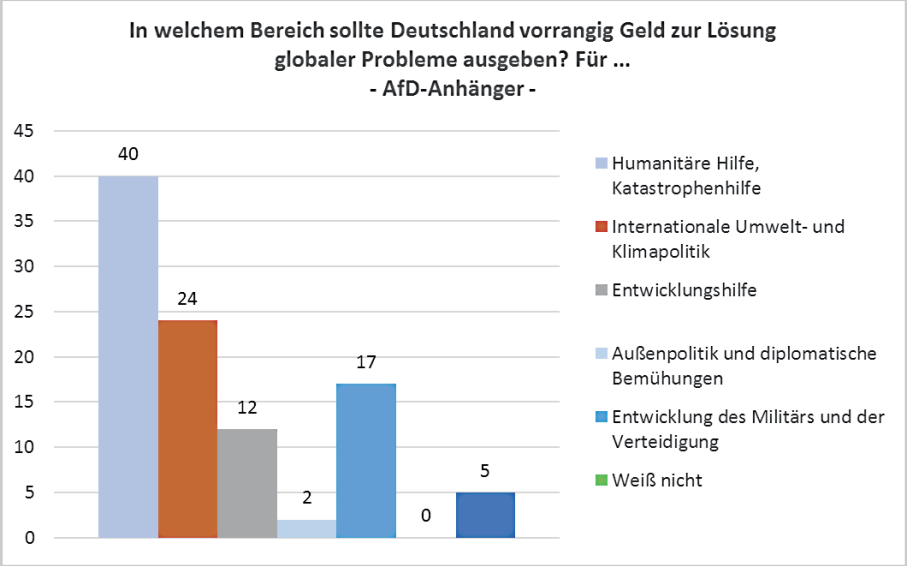






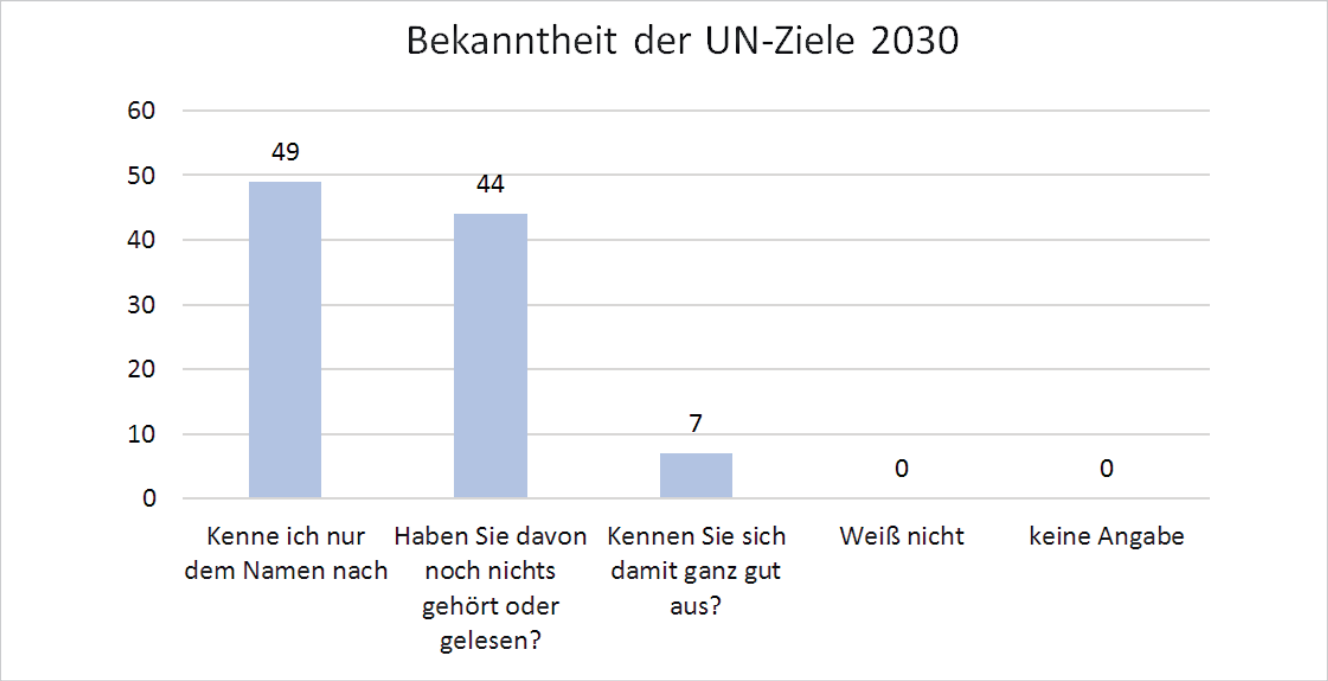


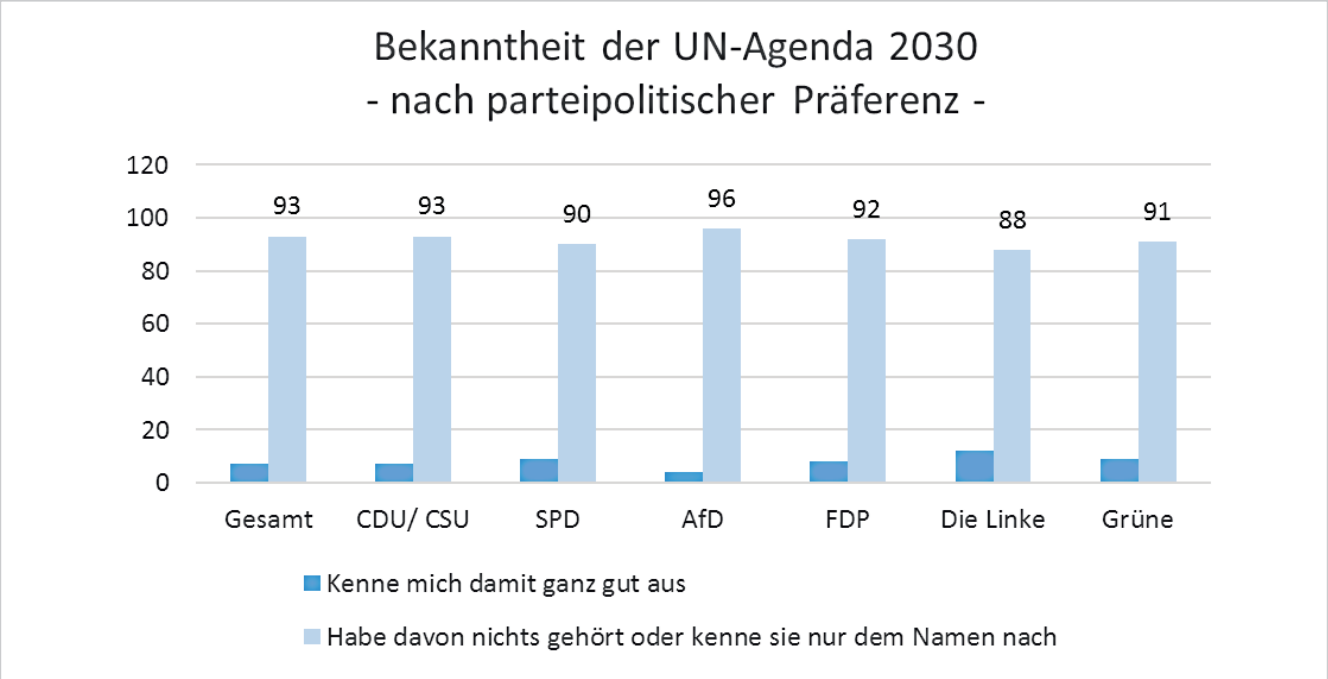
Die AfD-Anhängerschaft sticht durch die hohe Gewichtung der Entwicklung von Militär und Verteidigung (17%) hervor.



7. UN-Ziele nachhaltige Entwicklung unbekannt

Die 2015 von der UN beschlossene Agenda 2030 und deren Ziele nachhaltiger Entwicklung sind 93% der Bevölkerung nicht bekannt (44%) oder sie haben davon nur dem Namen nach (49%) gehört. Hier sind keine signifikanten Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bildung oder parteipolitischen Präferenzen festzustellen.





Für weitere Informationen und Rückfragen:
Dr. Ulrike Dufner
Referentin Politikabteilung
Tel: +49 228 – 2288 129
ulrike.dufner@welthungerhilfe.de

Verantwortlicher:
Jan Fahlbusch
Leiter Stabsstelle Politik und Außenbeziehungen
Tel: +49 228 – 2288 682
jan.fahlbusch@welthungerhilfe.de

www.welthungerhilfe.de
Deutsche Welthungerhilfe e.V., Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333
Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333